

Zusammenfassung und Thesen

ZUSAMMENFASSUNG

Medien konstruieren durch die Abbildung bestimmter Themen und Diskurse eine spezifische Realität, die insbesondere in der Auslandsberichterstattung prägend ist für gesellschaftliche Vorstellungen von anderen Regionen. Die Auslassung von oder der Fokus auf einige Themenbereiche tragen zur Ausformung von Nationenbildern bei, die Rückwirkungen auf den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit der anderen Nation haben können. Es besteht zudem die Gefahr, dass durch eine einseitige Ausbildung von Diskurs- und Argumentationsmustern oder deren unreflektierte und unkritische Übernahme aus den Umweltsystemen der Medien wie bspw. der Politik oder der Wirtschaft Freund- oder Feindbilder anderer Gesellschaften erzeugt werden, die das gegenseitige Verständnis füreinander schwächen und auf eine Konfliktorientierung in den wechselseitigen Beziehungen hinauslaufen.

Um dieser Gefahr vorzubeugen, besteht eine wesentliche Aufgabe der Medien darin, durch die Präsentation einer Bandbreite an Themenfeldern und unterschiedlichen argumentativen Ansätzen die Auslandsberichterstattung so zu gestalten, dass dem Rezipienten Lernen über den «Anderen» ermöglicht wird. Dies beinhaltet insbesondere die Vermittlung von Wissen, die Veranschaulichung gegenwärtiger gesellschaftlicher Prozesse und die Präsentation und kritische Einordnung einer Pluralität von Argumenten, die zur individuellen Meinungsbildung beitragen sollen.

Im Hinblick auf China wird das durch Medien und Bücher erzeugte Nationenbild bisher als schwankend zwischen den Polen einer (historischen) Übereuphorisierung und Exotisierung des Landes und der Konstruktion eines befremdlichen und teilweise bedrohlichen Systemgegners verortet. Die nun vorliegende Untersuchung hatte das Ziel, diese eher subjektiven Einschätzungen empirisch zu hinterfragen, indem die Chinaberichterstattung deutscher Medien in ihrer publizistischen Vielfalt dargestellt und auf ihre Thematisierungspräferenzen und Diskursmuster analysiert, sowie die die Berichterstattung prägenden Produzenten zu den Entstehungsprozessen befragt wurden.

In den untersuchten sechs Printmedien (die Tageszeitungen FAZ, SZ und taz sowie die Wochenmedien SPIEGEL, Focus und ZEIT) und den Informationssendungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens (Tagesschau sowie spezifische Informationsformate) konnten über das Gesamtjahr 2008 die beachtliche Menge von 8766 Beiträgen identifiziert werden, die einen Bezug zu China herstellten. Diese *quantitativ hohe Beachtung Chinas* in der Berichterstattung der deutschen Meinungsführermedien zeugt bereits von einem besonderen Interesse an dem Land, durch das es sich von anderen Regionen der Auslandsberichterstattung abhebt. Dieses besondere öffentliche Interesse an China bietet den Medien die Möglichkeit, in ihren zumeist durch Platzkämpfe und ökonomische Beschränkungen geprägten Formaten in vielfältiger und differenzierter Weise auf die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Aspekte der chinesischen Gesellschaft einzugehen und sie ausführlich zu beleuchten.

Die untersuchten Medien tragen diesem Interesse auch durch eine gut bis sehr gut ausgebaute Korrespondenten- und Redaktionsstruktur Rechnung, um die China-Berichterstattung durch Regionalexpertise zu professionalisieren. Die so entstehende sehr hohe Eigenleistung der Arbeit der Korrespondenten (20,6% aller Berichte gehen auf sie zurück), die durch spezifische Asienredakteure noch befördert wird (5,2%) und vergleichsweise geringe Agenturabhängigkeit (nur rund 20%) bei der Thematisierung von China-Beiträgen ist über alle Medien hinweg beachtlich.

Nichtsdestotrotz zeigt sich bei der Analyse aller identifizierten Beiträge zu China in 2008, dass etwas mehr als die Hälfte dieser Beiträge sich lediglich in allegorischer und stereotypisierender Form auf China bezieht. Das bedeutet, dass in einer Vielzahl von Medienbeiträgen der Bezug Chinas zur jeweils postulierten Thematik nicht näher beleuchtet wird, sondern bestimmte offensichtlich gesellschaftlich inhärente Vorstellungen und Klischees über das Land unreflektiert kolportiert werden. Dabei prägen normativ abwertende Bilder von China bspw. als «Unterstützer von Schurkenstaaten», als «Klimasünder», als «Billigproduzent» oder als Land mit unbändigem «Rohstoffhunger» den Diskurs, obwohl insbesondere im Wirtschaftsbereich auch scheinbar positiv besetzte Bilder vom «attraktiven Wachstumsmarkt» und «interessanten Produktionsstandort» vorkommen. Insgesamt lässt sich hier aber von einer fortlaufenden Verbreitung existierender Stereotypen durch die Medien sprechen, die sich eher an gesellschaftlich verankerten Symbolen und Floskeln orientieren, statt ihre eigentliche Aufgabe des Hinterfragens dieser Bilder wahrzunehmen. Es besteht die Gefahr einer Verfestigung dieser zumeist extrem versimplifizierten und verkürzten Klischees in der deutschen Öffentlichkeit durch die Menge an Beiträgen, die diese Eindrücke verbreiten.

Darüber hinaus weisen die tatsächlich vertiefend auf China bezogenen 3998 Beiträge eine zunächst überraschende, da im Vergleich mit anderen Regionen der Auslandsberichterstattung *ungewöhnlich disperse thematische Verteilung* auf. So dreht sich mit 24,9% rund ein Viertel der Gesamtberichterstattung um innenpolitische Belange Chinas, mit 14,8% Wirtschaftsberichterstattung wird

der ökonomischen Zentralität Chinas Rechnung getragen und auch kulturelle Aspekte werden mit 9,2% ungewöhnlich stark gewichtet. Gerade durch den Kulturbereich vollzieht sich eine Diversifizierung der Themenagenda, mit der den vielfältigen Aspekten der chinesischen Realität gerecht zu werden versucht wird. Es ist offensichtlich, dass vor allem die China-Korrespondenten und Asienredakteure zu dieser thematischen Streuung beisteuern, da sie einen direkten und häufig durch Sprachkenntnisse und eigene Anschauung geprägten Zugang zu innergesellschaftlichen Prozessen haben, der über die weniger mit China vertrauten Redakteure hinausgeht.

Gleichwohl bestehen deutliche *blinde Flecken in der Themenagenda* aller Medien, da insbesondere für gesellschaftliche Umbruchprozesse so zentrale Bereiche wie Soziales oder Bildung, Wissenschaft & Technik fast vollständig ausgeklammert werden. Der Blick auf die Dynamiken dieser Felder und die mit ihnen verbundenen Chancen und Probleme für die interne Entwicklung in China sowie ihre Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen bleibt damit weitgehend verstellt. Insgesamt ist zu konstatieren, dass auch die stark bestückten Themenfelder eine eurozentristische Perspektive aufweisen und Themen bevorzugt werden, die von besonderem Interesse für das Zielland der Berichterstattung erscheinen. Der Fokus auf für das Zielpublikum relevante und anknüpfungsfähige Themen ist zwar allein aufgrund kommerzieller Überlegungen der Medien als Unternehmen wichtig, dies sollte aber nicht dazu führen, dass fundierte Analysen der intern wichtigen Entwicklungen außen vor bleiben.

So erscheint der massive Fokus der innenpolitischen Berichterstattung auf Minderheiten- und Territoriumsfragen wie Tibet (11,2%) und Taiwan (1,7%) sowie auf die Menschenrechtssituation (3,9%) angesichts der Vernachlässigung der Analyse der Entwicklungen innerhalb des politischen Apparates (2,3%) und der drängenden sozialen Fragen (1,8%) in China überdimensioniert. Genauso kritisch ist die Wirtschaftsberichterstattung einzuordnen, die insbesondere von den beiden Tageszeitungen FAZ und SZ geprägt ist und in überbordendem Maße auf deutsche Unternehmen und deren Interessen, Aussagen und Handlungen orientiert und nur in beschränktem Maße eine eigenständige fundierte Markt- und Situationsanalyse in China betreibt. Das angestrebte «Lernen» durch Medien über das andere Land und seine gesellschaftlichen Dynamiken wird hier allzu häufig ersetzt durch eine innenpolitisch geprägte Agenda, die als Filter für die Sichtweise auf die Zielregion fungiert.

Zudem führt eine zwar seit langem kritisierte, aber noch immer dominierende spezifische Medienlogik dazu, dass die Themenauswahl neben der Aktualität häufig durch Nachrichtenfaktoren wie Konflikträchtigkeit, Negativität und Elite-Fokus bestimmt wird. Denn trotz der diagnostizierten quantitativen Diversität der Themenfelder herrscht eine *auf Konflikte und Gewalt fokussierende Kernagenda* in der China-Berichterstattung vor. Der sehr hohe Fokus auf die Innenpolitik wird bspw. durch die Debatte um den Tibet-Konflikt geprägt, im Bereich Internationales werden Chinas als problematisch eingestufte Beziehungen zu sogenannten «Schurkenstaaten» in den Blick genommen und sein

Handeln in internationalen Organisationen oder in Afrika kritisiert, hinsichtlich Olympia geht es vor allem um Menschenrechtsverletzungen, Doping und Sportlerdrill.

Dass eine insgesamt kritische und kritisch-reflektierende Herangehensweise an Politik, Ereignisse und Akteure zu den Grundkonstituenten der deutschen Medienberichterstattung gehört, steht außer Frage. Auffällig ist allerdings, dass diese konflikthafte Kernagenda auch in starkem Maße von einer deutschen Selbstpositionierung gegenüber China bzw. einem «Messen» der Systeme bestimmt ist. Insbesondere die vertiefende Analyse der Diskursmuster in Berichten über die internationalen Beziehungen, die Umweltfrage oder die Wirtschaft hat gezeigt, dass die Frage, wer aus den konkurrierenden Weltordnungsstrategien des Westens und Chinas als Gewinner hervorgehen wird, in vielen Fällen leitend für die Berichterstattung ist. Zwar haben einige Korrespondenten in Interviews betont, dass sie einen teils verurteilenden Tenor gegenüber China bei diesen Themen für überzogen oder gar falsch halten, dennoch überwiegt hier in den Medien offensichtlich eine durch Angst vor der eigenen Abwertung geprägte Position, die die generelle Ausrichtung des Mediums bestimmt. Die Debatte um das chinesische Engagement in Afrika hat besonders stark gezeigt, dass ein ideologischer Blickwinkel auf China angelegt wird, dem eine Doppelmoral aus normativ gewandeter Kolonialismus-Kritik gegenüber China und dem Kaschieren der eigenen, durchaus neo-kolonial geprägten Interessen zugrunde liegt. Trotz einiger Ausnahmen in der Berichterstattung wird hier die kritische Information zugunsten einer Art Mission zurückgestellt.

Zudem verkam die Debatte um die deutschen Beziehungen zu China in den untersuchten Medien – insbesondere den Tageszeitungen – weitestgehend zu einem Schaulaufen deutscher Politiker und dem Herausstellen deren zitierfähiger Aussagen, ohne dass eine tatsächliche Analyse der Beziehungen in ihrer historischen und gegenwärtigen Ausgestaltung vorgenommen worden wäre. Vor dem Hintergrund der Positionierungsdebatte gegenüber China wurde hierbei vor allem über innen- und parteipolitisches Geplänkel berichtet und die chinesische Perspektive auf die Beziehungen fast völlig außen vor gelassen. Ein «Lerneffekt» über Chinas Rolle in den internationalen Beziehungen und einen adäquaten Umgang mit diesem Land durch die Bereitstellung neuer Fakten und Sichtweisen sowie strategisch-systemischer Überlegungen konnte hier nicht wirklich erzeugt werden.

Die im Olympia-Jahr von deutschen und europäischen Politikern, Sportlern, Unternehmern und Journalisten selbst immer wieder befeuerte Positionierungsdebatte, die durch den Aufstieg Chinas geradezu evoziert wird, ist sicherlich auch in weiten Teilen bestimmend gewesen für die intensive mediale Auseinandersetzung mit den konflikträchtigen innenpolitischen Themen des Jahres 2008, insbesondere die Tibet-Frage sowie die Debatte um Menschenrechte und Medienfreiheit, da hier die als für westliche Gesellschaften besonders relevanten Konzepte wie Demokratie, Liberalität und Freiheit im Abgleich zu den Verhältnissen in und die Erwartungshaltung an China diskutiert werden konnten.

Schaut man sich den Diskursverlauf der einzelnen Themen aber näher an, so wird deutlich, dass zwar Nachrichtenfaktoren und eine gewisse Selbstzentrierung wesentlich für die Themenauswahl verantwortlich sind, nichtsdestotrotz einige Themen in der Gesamtschau der untersuchten Medien und auch innerhalb einzelner Medien durchaus ambivalent und binnenpluralistisch diskutiert wurden. Gerade länger anhaltende Debatten wie der Tibet-Konflikt im Frühjahr 2008 oder die Finanzkrise im Herbst 2008 führten durch ihre Dauerpräsenz zu umfangreicheren Analysen und Ursachenforschungen in den Medien, die innerchinesische Dynamiken in ihrer vorhandenen Differenziertheit auch berücksichtigten, sowie zur Präsentation unterschiedlicher Bewertungen dieser Dynamiken und Vorgänge. Auch wenn verkürzende Darstellungen vorgekommen sind wie im Falle Tibets die hinsichtlich der Gewalthandlungen angenommene Täter(=China)-Opfer(=Tibeter)-Konstellation oder eine teils polemische Wortwahl angelegt wurde, so haben doch alle Medien insbesondere durch den Einbezug von Experten bewusst versucht, unterschiedliche Perspektiven auf den Konflikt anzulegen, um der Komplexität des Themas gerecht zu werden. Die befragten Journalisten betonen denn auch, dass es ihrem Verständnis und dem ihres jeweiligen Mediums entspricht, eine möglichst perspektivreiche Sichtweise auf bestimmte Vorgänge anzulegen und darüber auch Debatten in Gang zu setzen, was teilweise, aber eben nicht immer gelungen ist.

Im Hinblick auf ein anderes Dauerthema – die Frage des Umgangs mit Menschen- und Bürgerrechten in China – stand bspw. wieder eher die Bewertung eines als willkürlich empfundenen politischen Systems in China im Vordergrund, auf das mit einem journalistisch-anwaltschaftlichen Einsatz für die Opfer reagiert wurde. In der Gesamtschau der Medien wurde aber auch hier in Ansätzen eine Perspektivenvielfalt deutlich, da die untersuchten Medien jeweils andere Argumentationslinien in den Vordergrund stellten. So machten SZ und SPIEGEL konsequent eine rigide und unbewegliche kommunistische Führung für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, während die ZEIT diese Probleme eher auf die Auswirkungen der Modernisierungs- und Umbruchsprozesse in China zurückführte. Das besonders interessante Spannungsfeld aus innenpolitischem und sozialem Wandel aber, das prägend ist für zivile Proteste in China, wurde angesichts eines Fokus auf einige zentrale Dissidenten und die Minderheitenproblematiken wiederum nicht so stark betont, wie es für ein breiteres Verständnis der chinesischen Lebenswirklichkeit erforderlich wäre.

Die befragten Korrespondenten weisen in diesem Zusammenhang aber auch darauf hin, dass der journalistische Zugang zu originären Quellen und Akteuren in China besonders schwer sei, so dass etliche Themen aufgrund der fehlenden Originalität und Personalisierung in deutschen Medien weniger Chancen hätten, auf die Agenda zu kommen. Gerade heiklen Themen, zu denen zivilgesellschaftliche Proteste zählen, mangelt es somit häufig an Protagonisten aus dem einfachen Volk, so dass von journalistischer Seite oft auf einen kleinen Zirkel an gut zugänglichen Dissidenten oder Aktivisten zurückgegriffen wird, um neben der offiziellen Meinung auch eine «Gegenseite» abbilden zu können. Zugleich ist die

Intransparenz der politischen Führung groß, so dass innenpolitische Prozesse und Entscheidungen kaum von den Politikern selbst erklärt und eingeordnet werden und ausländische Journalisten im Regelfall auf die Sekundärquellen der Staatsmedien und Pressemitteilungen zurückgreifen müssen. So dominieren zwar staatliche Eliten die Beiträge deutscher Medien, nichtsdestotrotz bleiben sie als «Regime» oder «Regierung» zumeist im Vagen und ihre Motive im Dunkeln. Insbesondere im Hinblick auf die Tibet-Berichterstattung weisen so gut wie alle Korrespondenten darauf hin, dass eine stärkere Offenheit der Behörden im Umgang mit den ausländischen Journalisten auch zu einer akkurateren und vorurteilsfreieren Berichterstattung geführt hätte.

Andererseits hat sich auch in weniger heiklen Bereichen wie der Wirtschaftsberichterstattung gezeigt, dass vorrangig deutsche Unternehmen und Unternehmer oder Politiker als Handlungsträger fungierten und chinesische Akteure zumeist nur am Rande oder als kollektivierte Zielgruppe auftraten. Hier ist neben dem relevanten Argument des eingeschränkten Quellenzugangs sicherlich auch ein Eurozentrismus wirksam, der eine wirkliche Einordnung der chinesischen Wirtschaftspolitik(en) vernachlässigt und so Vorschub leistet für eine wenig fundierte Berichterstattung über klassische Themen wie Wirtschaftskriminalität, China als Absatzmarkt oder China als Investor. Auch der *Mangel an Differenzierung* unterschiedlicher Akteursinteressen und -handlungen im politischen System Chinas ist nicht allein auf die herrschende Intransparenz zurückzuführen, sondern auch ein Produkt von journalistischer Vereinfachung.

Aus der vorliegenden Studie sollen noch die wesentlichsten Ergebnisse und Kritikpunkte in Form von Thesen herausgearbeitet und stellenweise mit konkreten Empfehlungen kombiniert werden, um für bestimmte Problemaspekte bei der Berichterstattung über China zu sensibilisieren und Hinweise für die journalistische Praxis geben zu können.

THESEN ZUR CHINA-BERICHTERSTATTUNG DEUTSCHER MEDIEN

1. Es ist eine bewusste Erweiterung des Themenhaushalts über eine konfliktrichtige Kernagenda hinaus nötig.

Bisher besteht durch das Festhalten an einer auf den Nachrichtenfaktoren Konflikt, Negativität, Schaden und Gewalt beruhenden Medienlogik eine Kernagenda in der Berichterstattung, die wesentliche Aspekte der Lebenswirklichkeit der chinesischen Gesellschaft außen vor lässt. Zwar finden bereits kulturelle Themen stärker als in anderen Regionen der Auslandsberichterstattung Eingang in die Medienagenda, dennoch sollten diese Ansätze ausgeweitet werden. Insbesondere Themenfelder, die über ein rein schadens- und gewalt-orientiertes Verständnis eines Landes hinausgehen wie Soziales, Bildung und Umwelt, sollten deutlich stärker in der Berichterstattung gewichtet werden.

2. Dies bedeutet nicht, dass eine kritische, hinterfragende und problematisierende Berichterstattung zu China ausgehebelt werden soll – im Gegenteil – die ereignisunabhängige Analyse in der Berichterstattung soll gestärkt werden.

Für ein besseres Verständnis der systemischen Bedingungen in China, seiner politischen Strategien und Motive ist eine ganzheitliche Berichterstattung nötig, die auch abgekoppelt von punktuellen Ereignissen Wissen vermittelt, um gerade in der Berichterstattung zu Konfliktsituationen auf den so gebildeten Wissensbestand zurückgreifen zu können.

3. Im Zuge einer ganzheitlichen Berichterstattung ist ein Aufbrechen der zumeist monolithischen Darstellung Chinas nötig.

Die mangelnde Differenzierung der handelnden Akteure in China, ihrer durchaus gegenläufigen Sichtweisen und divergierenden Interessen (z.B. Zentralregierung vs. Lokalkader) in weiten Teilen der politischen und Wirtschaftsberichterstattung verstellt den Blick auf vorhandene gesellschaftliche Wandlungsprozesse und die möglichen Ursachen für politische und soziale Konflikte, die sich jedoch zu thematisieren lohnen.

4. Stattdessen führt die aus dem politischen Diskurs übernommene Positionierungsdebatte bzw. der Leitgedanke eines systemischen «Sich-Messens» mit China zu einer selbstzentrierten und teilweise ideologischen Berichterstattung.

Gerade im Hinblick auf die internationalen Beziehungen (Afrika) und im Wirtschafts- und Umweltsektor (Klima) ist die Berichterstattung gekennzeichnet

durch Annahmen, dass ein Aufstieg Chinas einen Abstieg Deutschlands bzw. Europas evoziere. Die so verbreiteten Angstszenerarien vor bzw. aufgebauten Drohkulissen gegenüber China sind nicht geeignet, Feindbilder abzubauen und zu einem konstruktiven transnationalen Dialog beizutragen. Vielmehr sollte diese Selbstbezüglichkeit zugunsten einer über eurozentristische Weltordnungsvorstellungen hinausgehenden Kontextualisierung der Entwicklungen in China relativiert werden.

5. In diesem Zusammenhang ist auch der starke Fokus auf deutsche Elite-Personen und Unternehmen als nahezu singuläre Handlungsträger in einigen Teilen der Berichterstattung zu hinterfragen.

Wenn Auslandsberichterstattung vorrangig aus Sicht der Akteure des Heimatlands geleistet wird und nicht oder nur selten mit den Perspektiven des Gegenüber abgeglichen wird, so kann dies zu einer Erodierung der medialen Autonomie in der Themensetzung und Diskursproduktion führen. Es sollte deshalb auf eine auch geografisch diversifizierte Akteursperspektive geachtet und insbesondere nach chinesischen Quellen gesucht werden.

6. Insgesamt ist in den Redaktionen eine Sensibilisierung hinsichtlich der floskel- und symbolhaften Nutzung von China-Bezügen nötig, um Stereotype und Klischees nicht unhinterfragt zu verfestigen.

Dazu zählen sowohl eine unreflektierte Nutzung von kollektiv abwertenden Schlagwörtern wie von der «gelben Gefahr» als auch pauschalisierende Allegorien über «China» oder «die Chinesen». Häufig finden sich diese Bezüge auch in von den Rezipienten vorrangig wahrgenommenen Überschriften oder Bildunterschriften. Diese Kategorisierungen und Pauschalisierungen resultieren meist aus Unwissenheit oder Insensibilität bzw. aus kommerziellen Interessen für eine verkaufsträchtigere Schlagzeile. Sie kreieren jedoch sehr häufig ein klischeebeladenes und stellenweise auch denunzierendes Bild der chinesischen Gesellschaft.

7. Der vergleichsweise starke Einbezug von China-Korrespondenten und spezifischen Asienredakteuren in die Berichterstattung fördert prinzipiell die thematische und diskursive Diversität sowie die Regionalexpertise und sollte beibehalten bzw. ausgebaut werden.

Wenngleich auch diese Journalisten die institutionelle Logik der häufig konfliktorientierten und selbstzentrierten Themenauswahl im Medium nicht aushebeln (können und wollen), so tragen sie durch ihre Vorortpräsenz in vielen Fällen zu einer Perspektivenvielfalt, dem Einbezug von chinesischen Stimmen und der Ausweitung der Themenfelder auf gesellschaftliche Aspekte bei. Eine zusätzliche Aufstockung um ressort- oder themenbezogene Korrespondenten oder freie Mitarbeiter gerade im Bereich Kultur und Gesellschaft könnte die Themenvielfalt noch erhöhen.

8. Auch eine bessere und vorurteilsfreiere Kooperation zwischen den Medien und der Wissenschaft ist wünschenswert, um die Regionalexpertise zu steigern und die Medienberichterstattung mit fundierten Analysen und Interpretationen anreichern zu können.

Die untersuchten Medien beziehen schon Expertenmeinungen in Interviews und eigenen Beiträgen ein, dennoch ist diese Verquickung aus wissenschaftlicher Expertise und publikumsorientierter Berichterstattung von beiden Seiten noch steigerbar. Genauso können spezifische Journalistenschulungen oder Hintergrundgespräche durch Wissenschaftler ausgebaut werden.

9. Darüber hinaus würde eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Korrespondenten in China – insbesondere die bessere Zugänglichkeit zu Quellen aus Politik und Zivilgesellschaft sowie zu gesperrten Territorien – die Möglichkeiten einer akkuraten und facettenreicheren Darstellung Chinas in deutschen Medien erhöhen.

Diese Erleichterungen bzw. die Normalisierung der journalistischen Arbeit durch die chinesischen Behörden würde nicht zuletzt zum Abbau zahlreicher Vorurteile führen und läge durchaus auch im Interesse der chinesischen Politik und Wirtschaft, da so die Möglichkeiten der Präsentation von Motiven und Entscheidungen auch in westlichen Medien steigen würde.

10. Insgesamt ist – gerade angesichts der auf deutscher und chinesischer Seite sehr emotional geführten Debatte über die Medienberichterstattung 2008 und deren nach wie vor bestehenden Auswirkungen – eine Rückkehr zu mehr gegenseitigem Respekt in der Berichterstattung über den «Anderen» notwendig.

Dies beinhaltet vor allem eine unpolemische Achtung der Positionen des «Anderen», was nicht heißen soll, dass diese Positionen keiner Kritik und Interpretation unterworfen werden könnten und sollten.